

09.10.2026 | Gesundheit

Heiner Garg zu TOP 31 "Häusliche Versorgung und Selbstbestimmung junger Menschen mit lebensverkürzenden Erkrankungen in Schleswig-Holstein stärken"

In seiner Rede zu TOP 31 (Häusliche Versorgung und Selbstbestimmung junger Menschen mit lebensverkürzenden Erkrankungen in Schleswig-Holstein stärken) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und gesundheitspolitische Sprecher, **Heiner Garg**:

„Wenn Eltern erfahren, dass ihr Kind an einer lebensverkürzenden Krankheit leidet, dann verändert sich das Leben der gesamten Familie und zwar von einer Sekunde auf die andere. Zu der Angst um das eigene Kind, zu Sorgen, Verzweiflung und oft kaum vorstellbaren emotionalen Belastungen kommt eine ganz weitere Herausforderung: Wie organisieren wir ein Leben, dass von diesem Moment an komplett anders sein wird. Wer hilft uns? Wer ist zuständig? Welche Leistungen stehen uns zu? Wer kümmert sich um die Geschwister? Und vor allem, wer ist morgen noch für uns da?

Und ich finde, auf diese Frage muss eine Gesellschaft, die sich als solidarisch und menschlich versteht, bessere Antworten geben, als Eltern mit einer Vielzahl unterschiedlicher Zuständigkeiten alleine zu lassen. Denn ein schwerkrankes Kind braucht vor allem eines: seine Familie. Und diese Familie braucht Menschen, die ihr den Rücken stärken.

Wir haben in Schleswig-Holstein engagierte, ambulante Kinder- und Jugendhospizdienste, eine spezialisierte Palliativversorgung, Pflegeangebote, Beratungsstellen und viele haupt- und ehrenamtlich tätige Menschen, die jeden Tag Großartiges leisten. Und ich will ausdrücklich sagen, diese Arbeit verdient unseren Respekt, unsere Anerkennung und vor allem unsere volle Unterstützung.

Aber wir müssen uns einer ganz unbequemen Wahrheit stellen: Dass es viele gute Angebote gibt, bedeutet noch lange nicht, dass daraus eine optimale funktionierende Versorgung entsteht. Familien müssen sich durch unterschiedliche Sozialgesetzbücher kämpfen, Leistungen beantragen, Ansprechpartner suchen, Zuständigkeiten klären und vor allem Übergänge organisieren. Die Ergebnisse der FamPalliNeeds-Studie unterstreicht diesen Handlungsbedarf. 71,4 Prozent der Befragten fühlen sich zu Leistungen und Angeboten unzureichend beraten. Das ist kein Vorwurf, das ist ein Auftrag an uns, dieses System besser zu gestalten.

Und genau deswegen schlagen wir Ihnen ein konkretes Modellprojekt für eine regionale Anlauf- und Entlastungsstruktur vor. Nein, keine neue Parallelbürokratie, keine weitere Institution, die neben bestehenden Angeboten aufgebaut wird. Eine Struktur, die vorhandene Hilfen miteinander verbindet und Verantwortung für die Begleitung der Familien übernimmt. Mit festen Ansprechpartnern, mit aufsuchender Unterstützung ab der Diagnoseerstellung, mit konkreter Hilfe bei der Beantragung von Leistungen und mit einer verlässlichen Koordination über die Grenzen einzelner Zuständigkeiten hinweg. Und zwar nicht nur in den ersten Wochen oder Monaten, sondern über viele Jahre, solange es eben notwendig ist.

Ein junger Mensch wird nicht deshalb weniger unterstützungsbedürftig, weil er seinen 18. Geburtstag feiert. Die Herausforderungen einer Familie verschwinden nicht mit dem Wechsel von einem Leistungssystem ins andere. Ein Geburtstag darf kein Versorgungsbruch sein. Und ein Zuständigkeitswechsel darf nicht zum Verlust von Unterstützung führen. Deshalb denken wir ausdrücklich bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres und nehmen auch Bildung, Arbeit, selbstbestimmtes Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe in den Blick. Und im Übrigen auch gerne das über den 27. Geburtstag hinaus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen. Ich habe mir den Alternativantrag mehrfach angeschaut. Und wissen Sie, was mich besonders daran beschäftigt? Wir sind uns in der Beschreibung des Problems und vielen Zielsetzungen ganz offensichtlich einig. Alles, was Sie da aufschreiben, ist im Prinzip richtig. Und am Ende bitten Sie die Landesregierung, weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu prüfen. Wir haben die Situation im vergangenen Jahr ausführlich beraten. Wir haben Fachgespräche geführt. Wir kennen die Versorgungslücken. Wir kennen die Empfehlungen aus der Praxis. Irgendwann muss aus dem Prüfen mal konkretes politisches Handeln werden. Und genau das möchte unser Ursprungsantrag.

Und ich will Ihnen eins sagen: Ich erhalte Rückmeldungen von Menschen, die am Fachgespräch teilgenommen haben, die gefragt haben, was ist eigentlich seit über einem Jahr passiert? Und ich muss sagen, ich weiß es ehrlicherweise nicht, eigentlich gar nichts. Das kann doch nicht die Art und Weise sein, wie wir mit einem ernsten Thema umgehen, wo sich Leute wirklich die Zeit aus den Rippen schneiden uns ihre Situation darstellen und sich Hoffnung machen, dass sich was ändert. Und es ändert sich dann doch nichts.

Ich finde, es muss sich etwas ändern. Unser Ziel muss sein, dass nicht die Familien lernen müssen, sich in einem komplizierten System zurechtzufinden, sondern dass wir dieses System familiengerecht gestalten.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Heiner Garg

Sprecher für Soziales, Gesundheit, Familie, Kita, Jugend, Senioren, Sucht, Europa

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de